



Presseschau vom 28.10.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: Twitter verweigert Kommentar zu Werbeverbot für Sputnik und RT
Die Sprecherin des US-amerikanischen Microblogging-Dienstes Twitter, Emily Horne, hat sich am Freitag geweigert, das erlassene Werbeverbot für RT und Sputnik auf Anfrage der Agentur RIA Novosti zu kommentieren.

Horne soll einem RIA-Novosti-Korrespondenten in Washington lediglich empfohlen haben, von einer am Donnerstag auf dem Blog von Twitter veröffentlichten Pressemitteilung Gebrauch zu machen.

Zu den gestellten Fragen gehörten dem Medienvertreter zufolge, inwiefern RT und Sputnik laut Twitter die US-Präsidentenwahlen beeinflussen könnten und ob Twitter etwas Rechtswidriges in den Aktivitäten der russischen Medien sehe.

Zudem wollte der Korrespondent wissen, wie zweckmäßig der Verzicht auf mögliche kommerzielle Verträge vom wirtschaftlichen Standpunkt aus sei.

Am Donnerstag hatte Twitter seinen Entschluss bekannt gegeben, die Werbung der Accounts, die RT und Sputnik besitzen, zu blockieren. Die getroffene Entscheidung beruhe auf der immer noch andauernden Ermittlung der angeblichen „russischen Einmischung“ in die US-Präsidentenwahlen im Jahr 2016.

Laut Twitter sollen RT und Sputnik versucht haben, im Namen der russischen Regierung die US-Wahlen zu beeinflussen. Hervorzuheben ist jedoch, dass die Agentur Sputnik zuvor keine Werbeanzeigen auf Twitter geschaltet hatte.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hatte die Entscheidung

des US-Unternehmens einen erneuten aggressiven Schritt genannt, der darauf abzielt, die Tätigkeit russischer Medien zu blockieren.

de.sputniknews.com: Die Einheit Spaniens ist das zweite Opfer des NATO-Krieges gegen Jugoslawien

Willy Wimmer

Die Nato-Bombenangriffe gegen das hell erleuchtete Belgrad, Hauptstadt der Bundesrepublik Jugoslawien, am 24. März 1999 zerstörten nicht nur zwischen Pristina, Nis und Novi Sad Leben und Infrastruktur in einem Staat, der Gründungsmitglied der UNO und der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit des Jahres 1975 in Helsinki gewesen war.

Die Bomben hatten Wirkung: sie zerschmetterten die gesamte völkerrechtliche Ordnung, die bis zu diesem „Angriffskrieg ohne jede Legitimation“ erreicht worden war. Das galt vor allem für die Charta von Paris aus dem November 1990, Dadurch sollte auf Dauer Krieg aus Europa verbannt werden. Bill Clinton und Madeleine Albright haben diesen berechtigten Wunsch der Europäer zerschmettert.

Aber es waren nicht nur die Vereinigten Staaten, die den Krieg nach Europa zurückgebracht haben. Es waren neben der Regierung unseres eigenen Landes alle anderen Regierungen in der Nato, die diesen verhängnisvollen Weg mitgegangen sind.

Jedem war klar, dass Kosovo gemeint, aber Barcelona, Bozen, Nikosia, Eupen, Edinburgh und die Äaland-Inseln betroffen sein würden.

Schon vor dem Angriff der Nato-Bomber auf die Bundesrepublik Jugoslawien war jedem Beteiligten klar, dass das amerikanische Drängen auf die staatliche Unabhängigkeit des Kosovo unter Bruch der staatlichen Integrität Jugoslawiens einen Preis haben würde. Diese Preise wären von einer Reihe von Staaten zu zahlen, die sich alle als Teilnehmer in der Nato-Kriegsfront befanden, darunter Spanien.

Weder Nato noch Europäische Union nahmen Rücksicht auf jene Staaten, die als einzigen Ausweg im Abstimmungsverfahren von Nato und EU bestenfalls zu Enthaltungen greifen durften. Um amerikanische Neugliederungsüberlegungen in Europa verwirklichen zu können, mussten europäische Staaten in den sauren Apfel beißen. Ihre eigene staatliche Integrität musste auf dem Nato-Altar geopfert oder einem irreparablen Risiko ausgesetzt werden. Spanien ist eines dieser Länder.

Vormittags:

de.sputniknews.com: Twitter und US-Geheimdienste - Moskau spricht von besorgniserregender Verbindung

Dass Twitter aufgrund nicht überprüfter Informationen der US-Geheimdienste ein Werbeverbot gegen den Fernsehsender RT und die Agentur Sputnik beschlossen hat, bewertet Moskau als „besorgniserregendes Zeichen“. Russland bereitet derzeit laut der Sprecherin des Außenministeriums Maria Sacharowa Gegenmaßnahmen vor.

Es sei wichtig, auf die Verbindung zwischen gewissen durch nichts untermauerten Berichten der US-Geheimdienste und der Entscheidung eines privaten Unternehmens hinzuweisen.

„Und diese Verbindung zwischen den US-Geheimdiensten bzw. Sicherheitskräften und Privatunternehmen, die das Kommunikations- und Informationsumfeld schaffen – das ist ein sehr besorgniserregendes Zeichen“, sagte Sacharowa in einem Interview für die Nachrichtenagentur RIA Novosti.

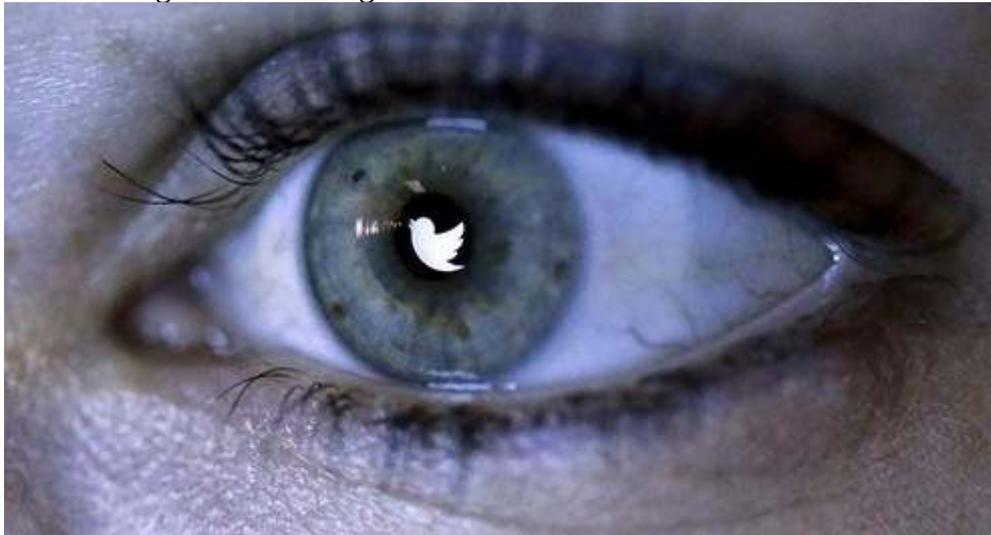
Die US-Geheimdienste üben laut der Sprecherin ihren Druck auch auf Medien und Privatunternehmen aus.

Sacharowa versprach eine baldige Antwort seitens Russlands.

„Solche aggressive Handlungen gegen russische Medien werden nicht unbeantwortet bleiben, obwohl dies nicht unsere Entscheidung ist und wir niemals auf harte Maßnahmen zurückgegriffen haben“, betonte sie. „Aber in diesem Fall, wo die Amerikaner die Spielregeln missachten, indem sie das Arsenal der Geheimdienste benutzen, wird eine Antwort folgen. Daran wird zurzeit gearbeitet.“

Am Donnerstag hatte Twitter seinen Entschluss bekannt gegeben, die Werbung von RT und Sputnik auf seiner Plattform zu blockieren. Die getroffene Entscheidung beruhe auf der immer noch andauernden Ermittlung der angeblichen „russischen Einmischung“ in die US-Präsidentenwahl im Jahr 2016.

Laut Twitter sollen RT und Sputnik versucht haben, im Namen der russischen Regierung die US-Wahlen zu beeinflussen. Hervorzuheben ist jedoch, dass die Agentur Sputnik zuvor keine Werbeanzeigen auf Twitter gebracht hatte.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31490/75/314907538.jpg>

[Ukrinform.ua: Ministerpräsident Hrojsman reist nach Kanada](#)

Der Regierungschef der Ukraine, Wolodymyr Hrojsman, beginnt heute seinen offiziellen Besuch in Kanada. Das ist der erste Besuch Hrojsmans in diesem Land. Sein Vorgänger, Arsenij Jazenjuk, war vor zwei Jahren in Kanada, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.

Vom 28. Oktober bis zum 1. November wird der Premier drei Städte, Toronto, Ottawa und Montreal, besuchen. Geplant sind Treffen mit dem kanadischen Regierungschef, Justin Trudeau, Außenministerin Chrystia Freeland, Regierungschefin der Provinz Ontario, Kathleen Wynne, sowie einer Gruppe der kanadischen Parlamentarier. Im Rahmen der ukrainischen Handelsmission wird Wolodymyr Hrojsman über ein Freihandelsabkommen zwischen der Ukraine und Kanada mit Vertretern der Geschäftskreise sprechen. Er wird sich auch mit Vertretern der ukrainischen Gemeinde treffen. In Montreal wird der Ministerpräsident an einer Luftfahrtausstellung teilnehmen.

[de.sputniknews.com: Nato dementiert Berichte über Ungarns Veto gegen Allianz-Gipfel mit Ukraine – Medien](#)

Vertreter der Nordatlantischen Allianz haben gegenüber der ukrainischen Agentur UNIAN die Meldung über ihre Pläne dementiert, im Dezember eine Sitzung der Ukraine-Nato-Kommission abzuhalten, gegen die Ungarn angeblich ein Veto eingelegt haben soll. Die Nato-Vertreter halten eigenen Worten zufolge „an den festen Partnerschaftsbeziehungen

zur Ukraine“ fest. Die Sitzungen der Kommission würden regelmäßig auf verschiedenen Ebenen durchgeführt, die bisher letzte Sitzung habe im Juli in Kiew stattgefunden, hieß es. Wie der ungarische Außenminister Péter Szijjártó am Freitag bekanntgegeben hatte, hat Ungarn die Einberufung des Ukraine-Nato-Gipfels, der im Dezember stattfinden sollte, blockiert.

„Ungarn kann die Integrationsbestrebungen der Ukraine nicht unterstützen und hat deshalb ein Veto gegen die Einberufung des Nato-Ukraine-Gipfels im Dezember eingelegt“, so Szijjártó. Er betonte, Budapest könne dem nicht zustimmen, da das ukrainische Bildungsgesetz die Rechte der nationalen Minderheiten verletze.

Nachdem das ukrainische Parlament den Bildungsgesetz-Entwurf gebilligt habe, habe Ungarn versprochen, alle diplomatischen Instrumente zu nutzen, um die Ukraine dazu zu veranlassen, das Gesetz, das die Rechte der nationalen Minderheiten „hart verstümmelt“, aufzuheben, so der Außenminister. Auf der Tagesordnung des ukrainischen Parlaments stünden auch Sprach- und Staatsbürgerschaftsgesetze, die „die ungarische Gemeinde in Transkarpatien bedrohen“ könnten, sagte Szijjártó.

Er betonte, das ungarische Veto dürfe nicht ignoriert werden, denn für die Einberufung eines Nato-Ukraine-Gipfels sei die Zustimmung aller Mitglieder der Allianz erforderlich.

Dnr-news.com: Poroschenko dankte den USA für die „Wiederherstellung des Friedens“ im Donbass

Der Präsident der Ukraine Petr Poroschenko traf sich mit dem Sonderbeauftragten für die Ukraine des US-Außenministerium Kurt Volker, berichtet die Webseite des Staatsoberhauptes. Es wird hervorgehoben, dass Poroschenko Volker seine Dankbarkeit für „die Anstrengungen, die auf die Wiederherstellung von Frieden und Stabilität im Donbass gerichtet sind, und ebenfalls darauf, die „russische Aggression gegen die Ukraine zu stoppen“.

Der Vertreter des State Department lobte die Verlängerung des Gesetzes zum besonderen Status des Donbass als ein „klares Signal zur Unterstützung der Verlässlichkeit der ukrainischen Seite bei einer friedlichen Lösung“

„Die Gesprächspartner erörterten die Sicherheit in der Region und wiesen auf die grundsätzliche Bedeutung der ordnungsgemäßen Umsetzung der Minsker Vereinbarungen hin“, heißt es in der Erklärung.

de.sputniknews.com: Ukrainischer Parlamentschef erfindet neuen Druckhebel gegen Russland

Laut dem Vorsitzenden der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament), Andrij Parubij, möchte Kiew die Verhängung von Sanktionen gegen den Energiesektor Russlands durchsetzen, wie der ukrainische Fernsehsender NewsOne berichtete.

Bei einem Treffen mit dem Ukraine-Beauftragten des US-Außenministeriums, Kurt Volker, sagte der ukrainische Parlamentschef: „Der Kurs auf die Fortsetzung und Verstärkung der Sanktionen gegen die Russische Föderation ist sehr wichtig für uns. Wir schätzen das Sanktionspaket hoch ein, das in der letzten Zeit beschlossen wurde. Und es ist sehr wichtig, dass dieses Paket auch den Energiesektor betrifft.“

Als einen weiteren Grund für die Sanktionsverhängung gegen Moskau nannte Parubij die Aufstockung des Militärpotenzials Russlands an der Grenze zur Ukraine. Nach seinen Angaben wird in der Stadt Bogutschar im Gebiet Woronesch eine Militärbasis gebaut. „Dies berechtigt zu der Behauptung, dass Putin die aggressive Politik gegen die Ukraine fortsetzt und nicht beabsichtigt, seine Haltung zu ändern“, sagte der ukrainische Parlamentschef.

Er merkte ferner an, dass die Ukraine mit den Ländern Mittel- und Osteuropas solidarisch sei und gegen den Bau der Nord-Stream-2-Pipeline auftrete.

Das Bauprojekt Nord Stream 2, das 2018 in Angriff genommen werden soll, sieht die

Verlegung von zwei Strängen mit einer Jahreskapazität von insgesamt 55 Milliarden Kubikmeter vor. Die Pipeline, die Erdgas von Russland über die Ostsee nach Deutschland transportieren wird, soll nahe der bereits bestehenden Pipeline Nord Stream verlegt werden.

Dnr-news.com: Kurt Volker hat sich in Kiew nicht zum Gesetz zur Reintegration des Donbass geäußert

Der Sonderbeauftragte des US-Außenministeriums der USA für die Ukraine Jurt Volker hat keine Empfehlungen bezüglich des Gesetzes zu Reintegration des Donbass gegeben. Dies sagte gegenüber Journalisten die Vertreterin des Radakomitees zu Auslandsfragen Anna Gopko.

„Eigentlich hat er keine Empfehlungen gegeben. Es gab Fragen von einigen Kollegen dazu, dass Russland als Aggressorstaat anerkannt werden soll und der militärischen Aggression in der Ukraine, dass es bereits mehr als tausend Änderungsanträge gibt, die von den Abgeordneten eingereicht wurden, und dass Russland es negativ beurteilen könnte. Aber es gibt eine gewisse Realität, angesichts der Beschüsse, die im Osten der Ukraine fortgesetzt werden, russische reguläre Truppen, die sich auf ukrainischem Territorium befinden. Deshalb ist es offensichtlich, dass es das Recht und die Entscheidung des ukrainischen Parlaments ist, ein solches Gesetz anzunehmen. Deshalb gab es keine Empfehlung von Kurt Volker, er versteht die Logik des Handelns der ukrainischen Parlamentarier“, kommentierte Gopko.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-10/thumbs/1509186948_319990.jpg

de.sputniknews.com: USA: Erste Anklagen in „Russland-Affäre“ erhoben – Weder Namen noch Vorwürfe bekannt

In den USA sind laut dem Fernsehsender CNN erste Anklagen im Zusammenhang mit der sogenannten „Russland-Affäre“ erhoben worden.

Eine Washingtoner Geschworenen-Jury hat demnach im Zuge der Ermittlungen des FBI-Sonderermittlers Robert Mueller die ersten Anklagen bewilligt. Wer die Angeklagten sind, deren Zahl und die gegen sie erhobenen Vorwürfe wurde indes nicht mitgeteilt. Die Anklageschrift sei versiegelt gewesen. Nähere Details sollen nächste Woche bekannt gegeben werden.

„Wir wissen nicht, gegen wen und was für Anklagen das sind“, sagte ein CNN-Moderator. Die Angeklagten sollen jedoch schon am 30. Oktober festgenommen werden. Laut CNN könnte es nicht unmittelbar um mutmaßliche Kontakte von Trumps Wahlkampfteam mit Russland gehen, sondern um Finanzverbrechen, die bei den Ermittlungen ans Licht gekommen seien. Die Ermittlungen wegen der angeblichen Eimischung Russlands in den US-Wahlkampf betreffen unter anderem Trumps Schwiegersohn Jared Kushner sowie Paul Manafort, der das Wahlkampfteam des US-Präsidenten leitete.

Ukrinform.ua: Fitch bestätigt Rating Ukraine mit „B-“
Die Ratingagentur Fitch hat das Rating der Ukraine für langfristige Verpflichtungen in lokaler und fremder Währung (Long-Term Issuer Default Rating) mit der Note „B-“ bestätigt. Der Ratingausblick wird weiterhin mit „stabil“ angegeben, teilte die Ratingagentur auf ihrer Webseite mit. Die unveränderte Note wird mit Schulden des Staatssektors, strukturellen Schwächen des Banksektors, geopolitischen und politischen Risiken begründet.

de.sputniknews.com: Russische IT-Firma Kaspersky: Keine "unkorrekte Beziehung" zu Geheimdiensten

Der russische IT-Konzern Kaspersky Lab hat laut seinem Chef Jewgeni Kasperski „keine unkorrekten Beziehungen“ zu Geheimdiensten: Die Zusammenarbeit hat sich auf die Bekämpfung der Cyberkriminalität beschränkt.

„Wir haben nichts Schlechtes getan“, sagte Kasperski in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters. „Wir haben keinerlei unkorrekte Beziehungen, Kontakte und Unterstützung bezüglich der Geheimdienste. Nichts dergleichen.“

Kasperski hat ebenso betont, dass sich das Zusammenwirken zwischen Kaspersky Lab und russischen sowie ausländischen Rechtsschutzbehörden „auf die Ermittlungen und den Datenaustausch im Bereich Cyberkriminalität beschränkt“ habe.

Der für das körperschaftliche Zusammenwirken mit internationalen Behörden zuständige Vize-Chef von Kaspersky Lab, Anton Schingarew, hat seinerseits erklärt, dass das Unternehmen momentan angesichts der komplizierten Bedingungen nicht beabsichtige, seine Software-Produkte der US-Regierung zu verkaufen. Der Markt der US-Behörden sei für Kaspersky Lab immer gering gewesen, und die Verluste in diesem Jahr dürften etwa zehn Prozent erreichen, so Schingarew.

Am 13. September hatte das US-Ministerium für Innere Sicherheit (United States Department of Homeland Security – DHS) mitgeteilt, dass alle Staatsbehörden der USA sich innerhalb von drei Monaten darauf vorbereiten sollen, Software-Produkte der russischen Cybersicherheitsfirma Kaspersky Lab in ihren Bereichen auszuschließen.

Der Grund für die Entscheidung der US-Regierung sind laut den Zeitungen „The New York Times“ und „The Washington Post“ Informationen der israelischen Geheimdienste gewesen.

Dan-news.info: „Während der Kämpfe wurden im Telmanowo-Bezirk insgesamt 1100 Wohnhäuser beschädigt. In das Wiederaufbauprogramm kamen 800 Objekte mit starken Schäden, 800 des privaten Sektors und 29 Mehrparteienwohnhäuser, wovon inzwischen 267 bzw. 17 bereits wieder aufgebaut wurden“, teilte heute der Leiter der Verwaltung des Bezirks Alexandr Sursjakow mit. „Die übrigen 271 Häuser haben unwesentliche Schäden erlitten und wurden sofort mit eigenen Kräften wiederaufgebaut“.

Die nicht wieder aufgebauten Häuser von den 800 mit starken Schäden befinden sich in der „grauen Zone“, im weiteren werden sie von den Einwohnern wiederaufgebaut werden. Das Baumaterial dafür werden die örtlichen Behörden zur Verfügung stellen.

„Die beschädigten sozial wichtigen Objekte im Bezirk sind fast alle wiederaufgebaut. Die Arbeiten gehen zurzeit nur an der Schule von Starolaspa weiter“, sagte Sursjakow. Wir fügen hinzu, dass der Telmanowo-Bezirk im Süden der DVR liegt. Zu ihm gehören acht Dorfverwaltungen und eine Siedlungsverwaltung, denen wiederum etwa 80 Ortschaften untergeordnet sind. Nach Angaben der Verwaltung leben dort heute etwa 18.000 Menschen. Während des Konflikts im Donbass ist der Bezirk mehrfach unter Beschuss von Seiten der ukrainischen Truppen geraten.

de.sputniknews.com: Rakka wie Dresden 1945: US-geführte Koalition reagiert auf Moskaus Vorwurf

Die US-geführte Anti-Terror-Koalition hat dem russischen Verteidigungsministerium in Bezug auf das syrische Rakka widersprochen. Das Koalitionskommando ist mit der Einschätzung der russischen Behörde, die das Vorgehen der internationalen Allianz mit dem Bombardement Dresdens im Jahr 1945 verglichen hat, nicht einverstanden.

Am vergangenen Sonntag hatte das Verteidigungsministerium in Moskau der US-geführten Anti-IS-Koalition vorgeworfen, Rakka dem Erdboden gleichgemacht zu haben. Die syrische Stadt habe das Schicksal von Dresden im Jahr 1945 ereilt.

„Wir bemühen uns stärker denn je zuvor, Opfer unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden“, sagte Koalitionsvertreter Oberst Ryan Dillon gegenüber der Agentur RIA Novosti. Wie Dillon in dem Interview behauptete, gehe der Schaden, der der Stadt zugefügt worden sei, komplett auf das Konto der Terrormiliz Islamischer Staat (IS).

„Von all der Munition, die wir im Laufe von drei Jahren (in Syrien – Anm. d. Red.) abgeworfen haben, führten weniger als ein Prozent, genauer gesagt 0,3 Prozent, zu Zivilopfern“, so der Oberst weiter.

Die Zerstörung der zivilen Infrastruktur in Rakka erklärte er wiederum damit, dass die Stadt seit mehr als fünf Jahren ein Schauplatz der bewaffneten Auseinandersetzung zwischen mehreren Konfliktseiten sei.

Nachmittags:

Dnr-online.ru: Heute fand im Zentrum von Donezk eine antifaschistische Kundgebung statt. An ihr nahmen Einwohner der Stadt, Vertreter der Öffentlichkeit, Veteranen sowie Einwohner von Mariupol und anderer zeitweise von der Ukraine kontrollierter Städte teil. Die Menschen äußerten offen ihre Position in Bezug auf den ukrainischen Nationalismus, führen historische Analogien an und riefen die Öffentlichkeit zum Kampf gegen die heutigen Erscheinungen des Faschismus auf.

„Die heutige Kundgebung ist gleich drei Ereignissen gewidmet. Erstens, am 28. Oktober 1944 wurde die Befreiung der Sowjetukraine von den faschistischen deutschen Besatzern abgeschlossen. Zweitens, vor 70 Jahren, im Jahr 1947, fand im Gebäude der Donezker Oper das Gericht über die faschistischen Strafsoldaten und ihre Unterstützer statt. Ihre Taten erhielten eine entsprechende Bewertung und das muss die heutigen Faschisten daran erinnern, dass eine Vergeltung unausweichlich ist. Und außerdem wird heute in Griechenland der Feiertag, der „Tag des Ochi“ (Tag des Nein) begangen, der ein antifaschistischer Tag ist. Die griechische Gemeinschaft von Mariupol hat ihre Position bezüglich des Geschehens im Donbass deutlich gemacht. Wir verurteilen den Faschismus in all seinen Erscheinungen“, sagte die Vorsitzende der gesellschaftlichen Initiative „Forum zur Rettung von Mariupol“ Irina Popowa.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2017/10/dan-news.info-2017-10-28_08-52-12_447562-----5-1024x683.jpg



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2017/10/dan-news.info-2017-10-28_08-52-05_348344-----3-1024x682.jpg

Ukrinform.ua: US-Außenministerium veröffentlicht Sanktionsliste mit russischen Unternehmen und Organisationen

Das US-Außenministerium hat am Freitag eine Liste mit russischen Unternehmen, Behörden und Organisationen veröffentlicht, die unter das CAATSA-Gesetz (America's Adversaries Through Act) fallen. Den amerikanischen und ausländischen Unternehmen drohen Sanktionen, wenn sie mit diesen Firmen Geschäfte machen werden.

Auf der Liste des Außenministers sind 39 juristische Personen aus der Russischen Föderation. Es gibt zwei Teile dieser Liste. Im ersten Teil werden Unternehmen des Verteidigungssektors, im zweiten Teil geheimdienstliche Organisationen aufgelistet. Auf der Liste stehen die

Waffenhersteller „Almaz-Antey“ und „Kalaschnikow“, der Inlandsgeheimdienst FSB, der Militär-Nachrichtendienst GRU, der Auslandsnachrichtendienst SWR, sowie Konzerne „Sukhoi“, „MiG“, „Tupolew“.

Hier sind alle Firmen aus dem ersten Teil der Liste:

Admiralty Shipyard JSC

Almaz-Antey Air and Space Defense Corporation JSC

Dolgoprudny Research Production JSC

Federal Research and Production Center Titan Barrikady JSC (Titan Design Bureau)

Izhevsk Mechanical Plant (Baikal)

Izhmash Concern JSC

Kalashnikov Concern JSC

Kalinin Machine Building Plant JSC (KMZ)

KBP Instrument Design Bureau

MIC NPO Mashinostroyenia

Molot Oruzhie

Mytishchinski Mashinostroitelny Zavod

Novator Experimental Design Bureau

NPO High Precision Systems JSC

NPO Splav JSC

Oboronprom OJSC

Radio-Electronic Technologies (KRET)

Radiotechnical and Information Systems (RTI) Concern

Research and Production Corporation Uralvagonzavod JSC

Rosoboronexport OJSC (ROE)

Rostec (Russian Technologies State Corporation)

Russian Aircraft Corporation MiG

Russian Helicopters JSC

Sozvezdie Concern JSC

State Research and Production Enterprise Bazalt JSC

Sukhoi Aviation JSC

Tactical Missiles Corporation JSC

Tikhomirov Scientific Research Institute JSC

Tupolev JSC

United Aircraft Corporation

United Engine Corporation

United Instrument Manufacturing Corporation

United Shipbuilding Corporation

Im zweiten Teil sind:

Autonomous Noncommercial Professional Organization/Professional Association of Designers of Data Processing (ANO PO KSI)

Federal Security Service (FSB)

Foreign Intelligence Service (SVR)

Main Intelligence Directorate of the General Staff of the Russian Armed Forces (GRU)

Special Technology Center

Zorsecurity

de.sputniknews.com: USA sehen in Sanktionen kein Mittel zum Abdrängen Russlands vom Rüstungsmarkt

Die USA haben nicht vor, die gegen Moskau geltenden Sanktionen im Wettbewerb mit Russland auf den Rüstungsmärkten zu nutzen, sagte ein ranghoher Mitarbeiter des US-

Außenministeriums in einem Briefing zum Gesetz über die Verschärfung der Sanktionen gegen Russland, den Iran und Nordkorea.

Er betonte auch, dass die USA und die Nato auf „alte sowjetische und russische Militärtechnik“ verzichten wollen, wie die Zeitung kommersant.ru. Berichtet.

„Natürlich betrachten wir dieses konkrete Sanktionsgesetz nicht als eine Art Konkurrenz-Mittel. Selbstverständlich haben weder der Kongress noch die Administration die Absicht, es auf diese Weise zu nutzen“, so der Redner.

Das US-Außenministerium hatte zuvor eine Liste von 33 russischen Unternehmen, darunter für Waffenproduktion und für Luftfahrzeugbau, sowie von sechs staatlichen Strukturen veröffentlicht, die unter die neuen US-Sanktionen fallen können.

Dnr-news.com: Matios sprach über die kolossalen nicht kampfbedingten Verluste der ukrainischen Armee

Der Oberste Militärstaatsanwalt der Ukraine Anatolij Matios berichtete über die hohen nicht kampfbedingten Verluste der bewaffneten Kräfte der Ukraine. Dies berichtet der ukrainische Fernsehsender ZIK.

„Seit 2014 bis zum heutigen Tag haben wir in den bewaffneten Kräften und unter denen, die eine Waffe bekamen und den Staat schützten, 10103 Menschen verloren – getötet durch irreversible gesundheitliche Schäden. Nicht durch Kampfhandlungen“, führte Matios aus. Er sagte, dass unter den Gestorbenen 2150 Militärangehörige sind. In diesem Zeitraum belief sich die Anzahl der nicht kampfbedingten Verluste in der Zone der Kämpfe im Donbass auf 3700 Menschen und an posttraumatischer Belastungsstörung leiden 360000 Teilnehmer der „ATO“.

Als Ursachen für diese enormen Verluste nannte der ukrainische Staatsanwalt die Verletzung der militärischen Vorschriften und eine nachlässige Einstellung zum Dienst.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-10/thumbs/1509183767_s7urq7a3u8s.jpg

lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der Republik **bleibt angespannt**, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen **neunmal** das Regime der

Feuereinstellung verletzt.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Kalinowo, Perwomajsk, Prischib, Logwinowo, Dolgoje und Rajewka**. Bei den Beschüssen haben die ukrainischen Streitkräfte 120mm- und 82mm-Mörser, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen verwendet. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 85 Mörser- und Granatgeschosse abgeschossen.

In den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte wächst die Zahl der nicht kampfbedingten Verluste weiter. Am 25. Oktober starb ein Soldat bei Übungen zur Schießausbildung in einer der Einheiten der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte in der Folge der Detonation eines Mörsergeschosses im Lauf eines Mörsers vom Typ „Molot“, zwei weitere Soldaten wurden verletzt.

Ich will die Aufmerksamkeit darauf lenken, dass es in der genannten Brigade in der letzten Woche nicht kampfbedingte Verluste von zwei Toten gab.

de.sputniknews.com: **Ukraine friert und bleibt auf russische Energielieferungen angewiesen**

Die Ukraine blickt der herannahenden Heizsaison mit Sorgen entgegen. Die Reserven an Kohle, mit der Wärme und Strom erzeugt werden, sind kritisch niedrig, schreibt die russische Tageszeitung "Nesawissimaja Gaseta" unter Berufung auf den ukrainischen TV-Sender Nowin 24.

„Die Außentemperaturen liegen bei plus zwei Grad Celsius, während etwa 20 Prozent der Wohnhäuser in der Hauptstadt Kiew nicht geheizt werden. Was passiert denn, sollte der Winter kälter werden als sonst?“, fragt der Sender.

„In Depots ukrainischer Wärmekraftwerke sind rund 1,1 Millionen Tonnen Kohle eingelagert, das ist äußerst wenig. Wir hatten vor dem Wintereinbruch bislang nie derart geringe Reserven gehabt“, beklagt der ukrainische Ex-Energieminister Iwan Platschkow. Experten zufolge mangelt es der Ukraine zurzeit an mindestens zwei Millionen Tonnen Kohle.

In der Ex-Sowjetrepublik gibt es insgesamt rund 150 Kohlebergwerke. Zwischen 30 und 45 Zechen liegen auf den von Kiew kontrollierten Territorien. Dabei waren ukrainische Wärmekraftwerke ausgerechnet für den Typ der Kohle gebaut worden, die im Donbass gewonnen wird. Einfuhren dürften eine logische Lösung des Problems werden. Zugleich spielen die ukrainischen Behörden den politischen Aspekt aus, indem sie auf die Notwendigkeit hinweisen, auf russische Energieträger zu verzichten.

Im September wurde im Hafen von Odessa im Beisein von Präsident Petro Poroschenko und Regierungschef Wladimir Groisman aus den USA verschifft Kohle feierlich umgeschlagen. Sogar die Nationalhymne wurde intoniert, was allem Anschein nach symbolisieren sollte, dass es jetzt keine Probleme mit Kohle gibt und die Ukraine nicht mehr auf russische Energielieferungen angewiesen ist. Aber Ende Oktober stellte sich heraus, dass die Importe, darunter kostspielige wie aus den USA und Südafrika, den Bedarf nicht decken.

Nach Angaben der ukrainischen Steuerbehörde entfielen 54,9 Prozent der in den ersten neun Monaten 2017 importierten Kohle auf Russland. Wertmäßig sind das 1,04 Milliarden US-Dollar. 25 Prozent (477,9 Millionen Dollar) kamen aus den USA und 6,1 Prozent (116,2 Millionen Dollar) aus Kanada. Der Wert der Kohlelieferungen aus anderen Ländern betrug 262,3 Millionen Dollar.

Der Steuerbehörde zufolge erhöhten sich die Kohlelieferungen an die Ukraine im Berichtszeitraum um 90 Prozent, verglichen mit Januar-September 2016. Eine Tonne der in den beiden selbsternannten Republiken Donezk und Lugansk geförderten Kohle kostet im Durchschnitt 50 Dollar, während Kiew für eine Tonne amerikanischer Kohle aus der ersten Partie 113 Dollar zahlen musste. Südafrika verlangte 100 Dollar und Georgien 96,9 Dollar je Tonne.

Experten hoffen darauf, dass sich die Situation von 2016 nicht wiederholen wird. Im Vorjahr

hatte die ukrainische Seite Warnungen des russischen Konzerns Gazprom ignoriert und in ihre Speicher lediglich 14 Milliarden Kubikmeter Gas gepumpt bei einer minimal nötigen Menge von 17 Milliarden Kubikmeter.

In diesem Jahr setzt Kiew auf Erdgas. Die Ukraine ist auf das schlimmste Szenario gefasst und hat Gasreserven angelegt. Wenn Wärmekraftwerke die gesamte Kohle verfeuert haben, könnte die Ukraine Strom im benachbarten Weißrussland kaufen. Es geht aber nur um 200 Megawatt. Wenn auch diese Mengen nicht ausreichen, werden Kraftwerke auf Erdgas umgestellt werden müssen. In diesem Fall dürften die Strompreise um ein Mehrfaches steigen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31806/52/318065263.jpg>

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden ist eine **Verschärfung der Lage** an der Kontaktlinie festzustellen. Die ukrainischen Terroristen haben das Regime der Feueinstellung offen und grob verletzt. **In Richtung Donezk** hat der Gegner Artillerie, Mörser, Panzer, Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet. Auf die Gebiete von **12 Ortschaften** wurden 18 Artilleriegeschosse des Kalibers 122mm, 28 Panzergeschosse, 65 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 123 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

In Richtung Mariupol hat der Gegner 84 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 82mm auf die Gebiete von **fünf Ortschaften** abgeschossen.

In Richtung Gorlowka hat der Gegner unter Verwendung von verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen **Sajzewo** beschossen.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **51 Verletzungen der Regimes der Feueinstellung** von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus festgestellt.

In der Folge eines Mörserbeschusses von Trudowskije von Seiten des Gegners **starb der zivile Einwohner Jewgenij Michajlowitsch Kotow**, geb. 1992, er wurde 25 Jahre alt, seine Frau ist nun Witwe.

Das **Feuer auf den privaten Sektor erfolgte zielgerichtet**. Den Befehl zum Beschuss des Wohngebiets erteilte der Kriegsverbrecher und Kommandeur der 92. mechanisierten Brigade Oberst Kokorjow.

Wir haben mehrfach erklärt, dass der Prozess der Rotation der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte immer von einer Vergrößerung der Zahl der Beschüsse von Seiten der Ukraine und der Verluste unter den Bürgern unserer Republik verbunden ist. Dies hängt damit zusammen, dass in den abziehenden Einheiten dringend nicht erfasste Artillerie- und Mörsermunition vernichtet wird.

Außerdem geriet gestern um 15:20 nach Schichtende eine **Arbeitsgruppe, die Wartungsarbeiten an der Donezker Filterstation vornahm, unter Beschuss**. Den Beschuss führten Einheiten des „Rechten Sektors“ durch, die im Verantwortungsbereich der 72. mechanisierten Brigade, die von Oberst Sokolow kommandiert wird, stationiert sind. Ein solches Verhalten der ukrainischen Einheiten zeigt offen die Politik des Genozids, die die militärisch-politische Führung der Ukraine betreibt.

Außerdem versucht die militärische Führung auf jede Weise, ihre Kriegsverbrechen zu verheimlichen, indem sie **Beobachter von Seiten des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination einschüchtert**. Dabei sorgen sich die ukrainischen Streitkräfte nicht einmal um das Leben ihrer Soldaten, die zum Personal der Beobachtungspunkte gehören.

So wurde gestern zwischen 15:30 und 17:00 der Beobachtungspunkt des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination in Besymennoje massiv mit Mörsern des Kalibers 82mm und 120mm beschossen. Insgesamt wurden während des Beschusses neun 120mm-Mörsergeschosse und 49 82mm-Mörsergeschosse auf das Gebiet des Beobachtungspunkts abgeschossen.

Es ist wichtig anzumerken, dass unter anderem auch ein Offizier der ukrainischen Streitkräfte, der für die ukrainische Seite im Gemeinsamen Zentrum ist, in der Nähe von Besymennoje unter Beschuss durch ukrainische Soldaten geriet. Er musste sich in einem Unterstand in Sicherheit bringen, um sein Leben vor dem „freundschaftlichen Feuer“ zu retten.

Dabei weigert sich die ukrainische Seite kategorisch, die Tatsache des Beschusses des Territoriums der DVR von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus zu bestätigen, obwohl das Mörserfeuer das Leben ihres Offiziers gefährdete.

Nach einigen Informationen wurde der Beschuss durch Kräfte von Einheiten der Ukrainischen Freiwilligenarmee durchgeführt, namentlich vom Bataillon „Aratta“ unter dem Kommando des Faschisten und Sadisten Tscherwenj.

Die Tatsache des Aufenthalts von nationalistischen Bataillonen an der Kontaktlinie bestätigt auch der Bataillonskommandeur von „Aratta“ Andrej Tscherwenj in einem Interview mit ukrainischen Massenmedien selbst. Dies zeugt von der Lüge des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte, das zuvor erklärt hatte, dass alle Einheiten von Nationalisten aus der „ATO“-Zone abgezogen wurden. Tscherwenj hat das Kommando der ukrainischen Streitkräfte Verräter und Schurken genannt.

Tatsächlich befördert die Anwesenheit von ukrainischen Nationalisten, die sich dem Kommando der ukrainischen Streitkräfte nicht unterordnen, in der „ATO“-Zone die Verschärfung der Lage an der Kontaktlinie.

Außerdem wurde von unserer Aufklärung die Anwesenheit von vier 152mm-Artilleriegeschützen „Akazija“ und vier 152mm-Haubitzen „Giazint-B“ aus dem Bestand der 2. Haubitzenartillerieabteilung der 28. mechanisierten Brigade und der 1.

Haubitzenartillerieabteilung der 40. Artilleriebrigade entdeckt, was auch eine Erhöhung der Zahl der Artilleriebeschüsse von friedlichen Ortschaften unserer Republik in diesem Gebiet nicht ausschließt.

de.sputniknews.com: USA stationieren strategische Waffen in Südkorea.

US-Verteidigungsminister James Mattis hat nach Angaben der Agentur Yonhap mit seinem südkoreanischen Amtskollegen Song Young Moo vereinbart, strategische US-Waffen in Südkorea auf Rotationsgrundlage zu stationieren.

„Die Seiten bestätigten die Notwendigkeit einer weiteren Durchführung von gemeinsamen Militärübungen, um die Bereitschaft zu einer vereinten Antwort auf die nordkoreanischen Provokationen zu erhöhen“, zitiert die Agentur aus der von den beiden Ministern unterzeichneten Erklärung.

Laut Mattis werden die USA zudem die Idee der Entfaltung von taktischen US-Kernwaffen in

Südkorea zur Zügelung Nordkoreas nicht unterstützen. Ihm zufolge könnte diese Maßnahme die globalen Anstrengungen zur Nichtverbreitung von Kernwaffen negativ beeinflussen. Zuvor hatte der Pentagon-Chef erklärt, dass die USA das Kernwaffenprogramm Nordkoreas nie akzeptieren würden. Dabei unterstrich er die Notwendigkeit einer diplomatischen Regelung der Situation auf der koreanischen Halbinsel.

Die Beziehungen der USA und Nordkoreas sind nach wie vor angespannt. US-Präsident Donald Trump hatte zuvor auf Twitter geschrieben, dass das US-Waffenarsenal „geladen und kampfbereit“ sei. Damit reagierte er auf die Drohung aus Pjöngjang, einen Schlag auf die US-Stützpunkte auf der US-Pazifikinsel Guam zu führen.

Dnr-online.ru: Erklärung des Leiters der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung und im Verhandlungsprozess R. Jakobow:

Seit August 2017 bis heute wurden **Beobachtergruppen des Gemeinsamen Zentrums** zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung und zur Stabilisierung an der Kontaktlinie, die sich auf dem Territorium der DVR befindet, **23 Mal beschossen**. Dabei wurde „spiegelbildlicher“ Beschuss von Beobachtergruppen, die sich auf dem von der ukrainischen Regierung kontrollierten Territorium befinden, in diesem Zeitraum nicht festgestellt“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum Ruslan Jakobow in einer offiziellen Erklärung mit.

„Die größte Zahl der Beschießungen erfolgte auf die Beobachtergruppe „Besymennoje“, wo je zwei Vertreter der Streitkräfte der DVR, der RF und der Ukraine Dienst tun. 18 Mal haben die ukrainischen Streitkräfte das Feuer auf das Gebiet der Beobachtergruppe „Besymennoje“ eröffnet, im Einzelnen:

(es folgen die 18 Fälle mit Datum, Uhrzeit, Richtung und Zahl der Geschosse – A.d.Ü.).

Der gestrige Beschuss des Stationierungsorts der Beobachtergruppe „Besymennoje“ dauerte etwa zwei Stunden aus der für die ukrainischen Streitkräfte „traditionellen“ Richtung Schirokino – Besymennoje. Es wurden 49 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm und 9 des Kalibers 120mm abgefeuert. Die Beobachtergruppe befand sich vollständig für anderthalb Stunden in einem Unterstand.

Wie aus der vorgelegten Statistik ersichtlich ist, wurde der stärkste Beschuss Anfang August und Ende Oktober durchgeführt, als eine Rotation der Schichten der Vertretung der Streitkräfte der RF im Gemeinsamen Zentrum stattfand, sowie am 10.-11. Oktober, als eine Rotation der ukrainischen Vertreter stattfand“, sagte Jakobow.

de.sputniknews.com: 185 Tonnen in 24 Stunden: Russische Militärs bringen UN-Hilfsgüter nach Syrien.

Mit der Unterstützung des russischen Zentrums für Versöhnung der Konfliktparteien haben die Bewohner von drei syrischen Ortschaften in den vergangenen 24 Stunden insgesamt 185 Tonnen humanitärer Hilfsgüter der Uno erhalten.

Laut dem Vizekommandeur der russischen Streitkräfte in Syrien, Sergej Kuralenko, ist die humanitäre Fracht in die Ortschaften Yalda, Babila und Bait Saham in der Provinz Rif bei Damaskus geliefert worden.

Die Zivilbürger haben ihm zufolge von der Uno Lebensmittel, Sanitätsmaterial, Kinderkleidung, Bettwäsche, Küchenzubehör und Kinderspielzeuge erhalten.

Ferner teilte Kuralenko mit, dass das russische Zentrum für Versöhnung der Konfliktparteien in den vergangenen 24 Stunden über zwei Tonnen Lebensmittel an die Bewohner des Ortes Al-Rastan in der Deeskalationszone Homs geliefert habe, darunter Mehl, Zucker, Reis, Fleischkonserven und Tee.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31565/32/315653289.jpg>

Wpered.su: Zum Tag der Befreiung der Sowjetukraine!

Liebe Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges, Arbeiter im Hinterland, Partisanen und Untergrundkämpfer, wir gratulieren Ihnen zum 73. Jahrestag der Befreiung der Sowjetukraine von der faschistischen deutschen Besatzern.

Wir stehen in unbezahlbarer Schuld vor eurer Heldentat. Die Kriegsjahre waren eine harte Erfahrung für alle Völker der UdSSR. Die Sowjetukraine hat als einer der ersten einen harten Schlag des nazistischen Deutschlands, seiner Satelliten und willfährigen Diener erlitten. Aber der Feind erwies sich vor dem unbeugsamen Mut, dem Heldentum und der Bereitschaft der sowjetischen Menschen, ihr Leben für den Sieg der Ideen des Kommunismus zu geben, als kraftlos.

Die Kommunisten der DVR werden die Heldentaten der Rotarmisten, die die ukrainische Erde verteidigten und befreiten, immer treu weiterführen. Ewiges Andenken denen, die ihr Leben im Kampf gegen den Faschismus gaben. Ruhm denen, die in der heutigen Ukraine gegen ihn kämpfen.

Zum Tag der Befreiung des Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik
Das Zentralkomitee der KP der DVR

abends:

rusvesna.su: Das Ultimatum ist abgelaufen, im Zentrum Kiews beginnt der Aufbau eines Militärlagers.

Nun wird vor den Mauern der Werchnowa Rada in Kiew ein Lager der Veteranen der Strafoperation im Donbass aufgeschlagen. Dies gaben heute, am 28. Oktober die Organisatoren des „Dritten Maidan“ bekannt.

„Gestern, am 27. Oktober um 24:00 Uhr ist das Ultimatum abgelaufen, dass die Veteranen dem Präsidenten der Ukraine gestellt hatten. Die Behörden haben ins Parlament keine Gesetzesvorlagen für die Einrichtung eines Antikorruptionsgerichts und für die Amtsenthebung des Präsidenten eingebracht.

Weil sie nicht auf die Forderungen der Ukrainer, die auf dem Platz der Verfassung demonstrieren, reagiert haben, beginnt heute um 18:00 Uhr die Einrichtung eines Militärlagers“, heißt es in der offiziellen Erklärung der Anführer der neuen Proteste. Gleichzeitig erklärte der umstrittene Ex-Präsident georgiens Michail Saakaschwili, dass die Ukrainer, die zum „Dritten Maidan“ ins Zentrum von Kiew kommen, die Liste der

Forderungen an die Behörden des Landes erweitern können.

„Es wird oft beklagt, dass die Forderungen der Proteste auf dem Platz der Verfassung zu kompliziert sind und ihre Liste zu kurz ist. Morgen, am 29. Oktober, kann jeder, der zum Platz vor der Rada kommt, über die Erweiterung der Forderungsliste abstimmen. Die Behörden sollten auf die Ukrainer hören“, fügte der Ex-Gouverneur des Gebietes Odessa hinzu.



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/maydan_3.0.jpg